

Monarchie auf dem Prüfstein

Das Tribunal zur Ahndung der Verbrechen des Pol Pot-Regimes

von Raimund Weiß

Die UN und die kambodschanische Regierung gaben bekannt, dass die juristischen und finanziellen Voraussetzungen für das Tribunal erfüllt sind — doch das Warten geht weiter.

Während die kambodschanische Tageszeitung *Cambodia Daily* am 3. August 2005 berichtete, dass die UN ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert hat, die Liste der von ihr nominierten Richter für das Tribunal zur Ahndung der Verbrechen des Pol Pot-Regimes bekannt zu geben, zuletzt Japans Regierung weiteren Finanzmitteln für das Tribunal zustimmte, und die UN und Kambodschas Regierung bekannt gaben, dass die juristischen und finanziellen Voraussetzungen zur Durchführung des Tribunals erfüllt sind, geht das lange Warten auf den Beginn des für Ende 2005 oder Anfang 2006 erwarteten Tribunals weiter.

Menschenrechtler befürchten Verschleppung des Tribunals

Der Opposition nahe stehende Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass Kambodschas Regierung Reformen des Justizsystems vorziehen könnte, um eine weitere Verschleppung des Tribunals zu bewirken. Zuletzt wurden auf Anordnung der kambodschanischen Regierung mehrere Richter wegen des Vorwurfs der Misswirtschaft und Fehlentscheidungen abgesetzt. 25 Jahre nach der Schreckensherrschaft

des Pol Pot-Regimes und dem ihm folgenden zweiten kambodschanischen Bürgerkrieg (1979 bis 1991) agiert Kambodschas Regierung weiter hinter verschlossenen Türen. Denn das Tribunal könnte nicht nur eine späte Gerechtigkeit und Anerkennung für die nach Schätzungen über eine Million Opfer des Schreckensregimes bedeuten, sondern auch eine Befriedung des zentralen Kernkonflikts des zweiten kambodschanischen Bürgerkrieges und die ihm zugrunde liegenden schweren Regierungskrisen zwischen den Jahren 1991 und 2004, sprich das langjährige Bündnis der Königspartei von König Norodom Sihanouk mit dem Pol Pot-Regime.

Noch im Wahlkampf für die Parlamentswahlen 2003 hatte der Parteiführer der Königspartei, Prinz Norodom Ranariddh ihrem Regierungspartner, der Volkspartei *Kampuchea* und dem von ihr gestellten Premierminister Hun Sen vorgeworfen, die Königspartei nach einer sechs Jahre zurückliegenden Regierungskrise politisch entmachtet zu haben. Die Volkspartei *Kampuchea* reagierte auf die Anschuldigungen mit einer zeitgleichen Ausstrahlung einer Dokumentation in allen Fernsehstationen des Landes über die als »Juli-Krise 1997« bekannt gewordenen mehrmonatigen militärischen Auseinandersetzungen. Die Dokumentationsendung sollte der Bevölkerung verdeutlichen, dass die Volkspartei *Kampuchea* das Land während der Juli-Krise 1997 vor einer neuerlichen Machtergreifung des Pol Pot-Regimes mit Hilfe der Königspartei und des damals amtierenden Premierministers Prinz Norodom Ranariddh bewahrte.

Bei der Juli-Krise 1997 hatten sich Militärverbände der Volkspartei *Kampuchea* und der Königspartei schwere Gefechte geliefert, nachdem eine von Prinz Norodom Ranariddh initiierte Amnestiepolitik für hochrangige Mitglieder des Pol Pot-Regimes, eine militärische und politische Kräfteverschiebung zu Ungunsten der Volkspartei *Kampuchea* bewirkt hatte. Noch zuvor war es zu einem bis heute ungeklärt gebliebenen Granatenanschlag auf eine Demonstration der rechts-oppositionellen *Sam Rainsy* Partei gekommen, bei der sieben Menschen starben und über hundert verletzt wurden. Der Auslöser für die schwere Regierungskrise war ein Bündnis der Königspartei mit dem Pol Pot-Regime und der damals außerparlamentarischen *Sam Rainsy* Partei, die sich im Jahr 1994 von der Königspartei abgespalten hatte. Die Allianz nannte sich »Nationale Einheitsfront« und rief zur Entmachtung der Volkspartei *Kampuchea* als »Marionette Vietnams« auf, während Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen den ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten getroffen wurden.

Das Pol Pot-Regime hatte sich trotz seines lang zurückliegenden Sturzes, am 7. Januar 1979, mit Hilfe der Königspartei, der republikanischen Partei und internationaler Unterstützung von Teilen der internationalen Staatengemeinschaft, als militärische Kraft bis zum Jahr 1999 behaupten können. Regierungstruppen unter Führung der Volkspartei *Kampuchea* gelang es erst in diesem Jahr die letzten von General Ta Mok geführten Militärverbände des Schreckensregimes zu zerschlagen. Ta Mok wird als Angeklagter für das

Der Autor ist Politologe und freier Journalist. Seine noch unveröffentlichte Dissertation hat das Thema »Politik und Konflikt in Kambodscha — Strukturen, Bruchlinien und Entwicklungsmuster«, Innsbruck, 2005

Impressum

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Diese Zeitschrift ist hervorgegangen aus dem **philippinenforum**, 10. Jg., und den **südostasi- en informationen**, 13. Jg. Die Jahrgangszählung der **südostasi en informationen** wird fortgesetzt.

Unsere Arbeit wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Herausgeber: philippinenbüro e.V. und Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e.V.

Anschrift: philippinenbüro, Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannau 11, 45327 Essen, Tel.: 0201 – 83038-18/-28 Fax: 0201 – 83038-30

E-Mail: philippinenbuero@asienhaus.de soainfo@asienhaus.de

Homepage: www.asienhaus.de

Redaktion dieser Ausgabe: Saskia Busch (v.i.S.d.P.), Philipp Bück

mitgearbeitet haben: Dominik Adrian, Susanne Arend, Monika Arnez, Melahayati Badruddin, Ulrike Bey, Henning Borchers, Reiner Buergin, David Chiavacci, Chris Duncan, Petra Essensfelder, Genia Findeisen, Anne Fritsche, Brigitte Geske-Scholz, Sven Hansen, Mary Lou U. Har-dillo-Werning, Stefanie Hensengerth, Anke Hol-lerbach, Rolf Jordan, Eberhard Knappe, Sven-ja Konieczny, Andrea Lauser, Evgenia Lipski, Klemens Ludwig, Antje Mißbach, Michaela Müller, Tina Pfeiffer, Nymia Pimentel Simbulan, Roland Platz, Steffen Range, Niklas Reese, Stefan Rother, Gunnar RÜth, Luciole Sauviat, Stephan Schepers, Manuel Schmitz, Sara Schroer, Tobias Schuld, Fritz Seeberger, Sebastian Seiffert, Babak Tavassolie, Anke Timmann, Manu-ela Volkman, Michael Waibel, John Walsh, Ingo Wandelt, Raimund Weiß, Susanne Wünsch, Sandra Ziegengeist, H.-B. Zöllner. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung der Titelseite: Ismaya

Satz: K. Marquardt, Herne

Druck: Druckwerk, Dortmund

Auflage dieser Ausgabe: 1200

Berichtszeitraum 1.6. -5.9.2005

ISSN-Nr.: 1434-7067

Preis: Einzelausgabe 5 € (zzgl. Porto)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

BRD: Einzelpersonen 20 €

Inst./Förderabo 40 €

Ausland: Einzelpers. 28 €

Inst./Förderabo 50 €

Luftpostzuschl. 13 €

Die Abonnementgebühren sind im voraus fällig. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens einen Monat nach Zusendung des letzten Heftes schriftlich gekündigt wird. Für Vereinsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Konten:

Spk. Bochum (BLZ 43050001) 30302491

Copyright: Redaktion und Autor(inn)en; Nachdruck nur nach Absprache mit der Redaktion, Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie den Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Nächster Redaktionsschluss: 2.11.2005

Tribunal gehandelt. Er soll mitverantwortlich für Massenexekutionen sein, bei denen nach Schätzungen 100.000 Menschen im Osten Kambodschas im Zuge von Vorbereitungen des damaligen Regimes für einen Krieg gegen Vietnam umkamen. Daneben wurde auch Kaing Guek Iev alias Duch verhaftet, der während der Herrschaft des Pol Pot-Regimes das Sicherheitsgefängnis S-21 leitete, in dem geschätzte 13.000 Menschen gefoltert und exekutiert wurden.

Das Überleben des Pol Pot-Regimes bis zum Jahr 1999 sicherte dabei die Königspartei. Sie löste im Jahr 1979 den zweiten kambodschanischen Bürgerkrieg aus, indem sie argumentierte, dass die Besatzung durch vietnamesische Truppen und die von ihnen unterstützte Nationale Einheitsfront zur Rettung von *Kampuchea* aus der später die Volkspartei *Kampuchea* hervorging, nicht als Regierungspartner anzuerkennen sei, auch wenn diese den Massenmord beendete. Die vom damaligen König Norodom Sihanouk im Jahr 1982 gegründete Königspartei FUNCINPEC (*Front Uni National pour un Cambodge Indépendent, Neutre, Pacifique et Cooperatif*) sah die Unabhängigkeit und Souveränität Kambodschas mit der Intervention des sozialistischen Vietnam gefährdet, forderte Wahlen unter UN-Obhut und sprach sich für die Einrichtung eines liberal-demokratischen Systems aus.

Außer Vietnam hätte keiner den Massenmord beendet

Ignoriert wurde, dass keine UN-Lösung zum Sturz des Pol Pot-Regimes und der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung Kambodschas unter den Bedingungen des Kalten Krieges möglich war. Keine militärische Macht außer Vietnam hätte damals den Massenmord beendet. Mehrere Staaten nahmen diesen sogar stillschweigend in Kauf. Neben Thailand und China waren mehrere Staaten während der Schreckensherrschaft des Pol Pot-Regimes mit Botschaften in Phnom Penh vertreten. Nach dem Sturz wurde dann auch noch die Intervention von einer Mehrheit der Staatengemeinschaft als Völkerrechtsbruch

verurteilt und eine Regierungsbündnis der Königspartei und der republikanischen Eliten unter Führung von Son Sann mit dem gestürzten Pol Pot-Regime als legitime Regierung Kambodschas anerkannt, welche die von Vietnam unterstützte neue Regierung Kambodschas stürzen sollte. Militärische und wirtschaftliche Unterstützung gewährten die Regierungen Chinas, Thailands und der USA. Für diese galt es nicht die Verbrechen des Pol Pot-Regimes aufzudecken und den Wiederaufbau Kambodschas zu fördern, sondern vermeintliche Hegemonialbestrebungen der Sowjetunion und Vietnam einzudämmen. Die Verbrechen des Pol Pot-Regimes wurden bis zum Ende des Kalten Krieges dem Vergessen preisgegeben.

Demgegenüber sah sich damals die Volkspartei *Kampuchea*, die zunächst unter dem Namen *Revolutionäre Volkspartei Kampuchea* geführt wurde und aus der *Nationalen Einheitsfront zur Rettung von Kampuchea* hervorging, in ihrem politischen Kurs bestätigt, die Rückkehr des Pol Pot-Regimes an die Macht verhindert zu wollen. Denn weder war damals eine UN-Lösung möglich, noch war gesichert, dass das gestürzte Pol Pot-Regime nicht wieder die Macht ergreift, nachdem es diesem gelungen war, im Januar 1979 aus Phnom Penh mit geschätzten 30.000 Soldaten in thailändisches Grenzgebiet zu flüchten und den Krieg weiterzuführen. Das von der Revolutionären Volkspartei *Kampuchea* im August 1979 durchgeführte Volkstribunal, bei welchem Pol Pot und Ieng Sary, der ehemalige Außenminister des Regimes, als Hauptverantwortliche für die damaligen Verbrechen in Abwesenheit zum Tod verurteilt wurden, blieb infolge ohne juristische Bedeutung, wenn auch mit dem Tribunal erste Aufarbeitungsprozesse der Verbrechen begannen. Im damaligen Urteil hieß es: »Die Pol Pot-Ieng Sary Clique, die den Völkermord beging, leugnete nicht nur die Existenz der Nation Kampuchea, sondern auch die unserer nationalen kulturellen Traditionen und sie zerstörten Familien- und soziale Strukturen, das wirtschaftliche System, nationale Kultur und Bildung und die Gesundheitsversorgung. Die Angeklagten Pol Pot und Ieng Sary zerstörten sogar das nationale Bewusstsein und den

Geist des kambodschanischen Volkes. Sie zerstörten die Bedingungen für die Existenz des Volkes Kambodscha.«* Daneben wurde der Tag des Sturzes des Pol Pot-Regimes zum ›Tag der Befreiung‹ erklärt und ein ›Tag des Hasses‹ in Abgrenzung zu den Verbrechen eingerichtet (beide Feiertage werden bis heute jährlich begangen), während Erinnerungsstätten im ehemaligen Sicherheitsgefängnis S-21 und die über das gesamte Land verstreuten Massengräbern zu den ersten Zeugnissen einer Geschichtsaufarbeitung der Verbrechen zählten.

Während des Wahlkampfes 2003 war dieser Kernkonflikt des zweiten kambodschanischen Bürgerkrieges wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt. Die Volkspartei *Kampuchea* konnte die Wahlen mit 47 Prozent für sich entscheiden, während die Königspartei lediglich auf 21 Prozent der Wählerstimmen kam. Vergessen war auch nicht die Amnestierung (Begnadigung?) von Ieng Sary, der mit zwei Dritteln der Militärverbände des Pol Pot-Regimes auf Seite der königlichen kambodschanischen Armee wechselte, nachdem ihm die damals amtierende Königspartei von Prinz Norodom Ranariddh (1993 bis 1997) und König Norodom Sihanouk Amnestie garantierte. Vergessen war auch nicht die Krise der Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen 1998, als die Volkspartei *Kampuchea* die Wahlen für sich entschieden hatte, aber erst nach Wiederaufnahme der Amnestiepolitik, vier Monate nach den Wahlen, eine neue Regierung mit der Königspartei bilden konnte, um die Fortsetzung des Friedenskonsolidierungsprozesses nach dem Ende des Bürgerkrieges nicht erneut zu gefährden.

Amnestiert wurden die hochrangigen Mitglieder des Pol Pot-Regimes: Khieu Samphan, Nuon Chea und Ke Pauk (gestorben 2002). Auch hochrangige Militärgeneräle der Königspartei waren von der Volkspartei *Kampuchea* zu amnestieren. Dazu zählten unter anderen Nhek Bun Chay, der mit Ta Mok vor der Juli-Krise 1997 in Geheimverhandlungen Amnestien und einen Übertritt seiner Streitkräfte in die königliche kambodschanische Armee verhandelt hatte, und Prinz Norodom Sirivudh, Außenminister Kambodschas zwischen

aus: Phnom Penh Post, März 2002



Ke Pok wurde bei seinem Begräbnis im Februar 2002 von ca. 150 seiner früheren Kameraden geehrt. Er sollte vom Tribunal wegen Mitschuld an dem Tod von tausenden verurteilt werden.

1993 und 1995 und Generalsekretär der Königspartei. Prinz Norodom Sirivudh war im Jahr 1995 wegen der Planung eines Staatsputsches von Militärgerichten zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Neuerlich wurden die Verbrechen des Pol Pot-Regimes von der Königspartei und König Norodom Sihanouk dem Vergessen preisgegeben, obwohl diese noch vor der Juli-Krise 1997 unter Zustimmung der Volkspartei *Kampuchea* den UN zugesichert hatten, ein Tribunal zur Ahndung der Verbrechen des Pol Pot-Regimes einrichten zu wollen.

2002: Abbruch der Verhandlungen von Seiten der UN

Bei den Parlamentswahlen 2003 folgte dann die zuletzt bekannt gewordene Verschleppung des Tribunals durch die Königspartei, der noch ein Jahr zuvor eine schwere Verhandlungskrise mit der UN vorangegangen war, wiederum ausgelöst von der Königspartei. Kambodschas Regierung hatte auf die von König Norodom Sihanouk per königlichem Dekret garantierte Amnestie von Ieng Sary gepocht, was im Februar 2002 zum Abbruch der Verhandlungen von Seiten der UN führte. Das bereits im Januar 2001 vom kambodschanischen Parlament verabschiedete Gesetz zur Einrichtung eines Tribunals war damit obsolet geworden. Erst im März 2003 sollte sich Kambodschas Regierung mit den UN auf ein neues Vertragswerk einigen, nachdem die

Regierungen Frankreichs und Japans eine diesbezügliche Resolution bei der UN-Generalversammlung eingebracht hatten. Die Amnestie von Ieng Sary kann nach dem neu vereinbarten Gesetzeswerk nun doch geprüft werden.

Jedoch verschleppte die Krise der Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen 2003 die Einrichtung eines Tribunals noch um ein weiteres Jahr. Die Königspartei hatte sich geweigert mit der Volkspartei *Kampuchea* eine Regierung zu bilden, obwohl diese, wie zuletzt bei den Parlamentswahlen 1998, die Wahlen eindeutig für sich entscheiden konnte. Wegen der Regierungsblockade konnte erst mit einjähriger Verspätung eine Regierung gebildet werden, während erst am 27. Oktober 2004 eine Verabschiedung des neuen Tribunalgesetzes durch das kambodschanische Parlament möglich wurde. König Norodom Sihanouk hatte noch zuvor, im August 2004, nach einem denkwürdigen mehrmonatigen Staatsbesuch in Nordkorea — ein Staat welcher das Pol Pot-Regime unterstützte — abgedankt und das Amt seinem Sohn Prinz Norodom Sihamoni überlassen. Das mit den UN neu vereinbarte und vom Parlament neu verabschiedete Tribunalgesetz hatte er damit nicht mehr zu ratifizieren.

Literatur

- *) De Nike, J. Howard: *Genocide in Cambodia — Documents of the Trial of Pol Pot and Ieng Sary*, University of Pennsylvania, Philadelphia 2000. S. 549